

# Kommunisten in die Produktion

Wenn eine Ampelkoalition scheitert, steht die PDS bereit / Von Jerzy Maćkó

*Der Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen geht der Strom aus, bevor der Koalitionsvertrag unterschrieben ist. Die schwierigen Verhandlungen sowie inhaltliche Differenzen zwischen den Grünen und der FDP lassen erwarten, daß die Ampel – auch wenn sie zustande kommen sollte – ein labiles Zweckbündnis werden könnte. Schon sagt die PDS, sie stehe weiterhin für Gespräche zum Zweck einer Regierungsbildung mit der SPD bereit. Aus Sicht des Politikwissenschaftlers Jerzy Maćkó wäre ein rot-rotes Bündnis die Konstellation, die der PDS am meisten schaden und die den Populismus der Postkommunisten am ehesten einem Realitätstest aussetzen würde. rso.*

Die Machtbeteiligung der PDS in Berlin sei aus moralischen Gründen unzulässig – diese Meinung kann man des öfteren, besonders bei den Westdeutschen, vernehmen. Bezeichnenderweise teilt zumindest die Hälfte der ostdeutschen Bewohner diese Meinung nicht. Wer also die PDS-Beteiligung an der Regierung als Verhöhnung der öffentlichen Moral ansieht, muß zugeben, daß er die Sichtweise der Ostdeutschen für weniger relevant hält als seine eigene. Dies verstößt gegen den demokratischen Gleichheitssatz – und ein demokratisches System gibt es im ganzen Deutschland bereits länger als ein Jahrzehnt. Dieser Widerspruch zwischen dem demokratischen Prinzip und der öffentlichen Moral kann freilich nur dann entstehen, wenn sowohl die Demokratie als auch die öffentliche Moral mißverstanden und in einem zu engen Zusammenhang gesehen werden.

## Chancengleichheit

Der Sinn der Demokratie besteht darin, daß sie bemüht sein muß, möglichst allen die Chance zu geben, sich an der Machtausübung zu beteiligen. Diese Chance dürfen ausschließlich diejenigen nicht haben, die die Prinzipien und die Spielregeln der Demokratie ablehnen. Bei aller berechtigten Kritik an der PDS darf sie nicht als antidemokratisch eingestuft werden, solange ihr dies gerichtlich nicht nachgewiesen wurde. Daran ändert die Tatsache nichts, daß in der Basis dieser Partei, ebenso wie unter vielen ihrer Wähler antidemokratische Einstellungen verbreitet sind. Es darf nicht vergessen werden, daß es sich bei der PDS und bei den Ostdeutschen um eine politische Partei und eine Bevölkerung handelt, die sich bisher nie als von den demokratischen und freiheitlichen Werten und Idealen be-seelt gezeigt haben. Insofern ist die Lage jener in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ähnlich. Eine nichtdemokratische beziehungsweise gar antidemokratische, totalitär indoktrinierte Bevölkerung mußte damals an die Demokratie herangeführt werden. Zugegeben, es gab damals nicht die Nachfolgepartei der NSDAP. Es

gab aber durchaus die ehemaligen Mitglieder dieser Partei, darunter sogar Verbrecher. Sie wurden nicht durch die Ausgrenzung zu den Anhängern des demokratischen Systems umerzogen, sondern durch die Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen, nicht zuletzt in Parteien, deren Demokratiefähigkeit heute niemand in Frage stellt.

Was wiederum die öffentliche Moral im Zusammenhang mit dem Umgang mit der Last der kommunistischen Vergangenheit angeht, so ist ihr sicher nicht geholfen, wenn die Spielregeln der Demokratie außer Kraft gesetzt werden. Vielmehr pflegt man die öffentliche Moral, indem man in der Öffentlichkeit die Wahrheit über den Kommunismus vermittelt, den Verklärungen über diese Zeit entgegentritt, sich nicht auf die Auseinandersetzung um die „teufliche“ Stasi fixiert, sondern sich der Fragen der Verantwortung der biederen SED für das sozialistische Unrecht annimmt, indem man schließlich die westdeutsche intellektuelle, politische und wirtschaftliche Kollaboration mit dem Kommunismus thematisiert.

Zugleich muß man den Opfern des kommunistischen Systems höhere Renten zahlen als man bereit ist, den Henkern und Berufslügnern des SED-Staates zukommen zu lassen. Ähnliches gilt für die wohlwollende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Es ist nicht anders als billig, diese weitgehend ausbleibenden Anstrengungen durch häufig vorgespülte Empörung über „rotlakte Faschisten“, die an die Macht zu kommen drohen, zu ersetzen.

Es waren ausgerechnet die Litauer und die Polen, also die Hauptzerstörer des Kommunismus in der Sowjetunion und in Mitteleuropa, die im Jahre 1993 als die ersten die ehemaligen Kommunisten mittels demokratischer Wahlen zurück an die Macht brachten. Die Symbolfigur des Kampfes um das unabhängige Litauen, Vytautas Landsbergis, mußte sich dem Chef der litauischen Kommunisten, Algirdas Brazauskas, geschlagen geben. Auch Lech Walesa verlor die Präsidentschaftswahlen gegen Aleksander Kwasniewski. Brazauskas und Kwasniewski erwiesen sich dann als Politiker, die sicher ihrem jeweiligen Land keinen Schaden zugefügt haben. Die Postkommunisten regierten und regieren zudem bereits in Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Estland und in Lettland.

Nur in Tschechien (wo sich übrigens die regierende Sozialdemokratie unter Milos Zeman den ehemaligen Kommunisten öffnete), Rußland und Deutschland werden die Nachfolger der ehemaligen kommunistischen Staatsparteien insofern isoliert, als „aus moralischen Gründen“ versucht wird, ihre Machtbeteiligung um jeden Preis zu verhindern. Die Folge ist, daß diese Länder immer noch über starke gestrige Parteien verfügen, die keinen Druck verspüren, sich zu wandeln, weil sie mit ih-

rem populistisch-sozialistischen Gequatsche um die Stimmen vieler in der postkommunistischen Zeit enttäuschten Wähler erfolgreich werben können. In Rußland und in Tschechien besitzen sie sogar immer noch die Frechheit, sich als „kommunistisch“ zu bezeichnen. Übrigens: nirgendwo wurde die Ablehnung der Machtbeteiligung der Kommunisten so offensiv betrieben wie in Rußland. Wie die russische Demokratie heute aussieht, sieht jeder. Bei den letzten Kommunalwahlen in Tschechien erhielten wiederum die Kommunisten in vielen Regionen mehr Stimmen als die PDS in ostdeutschen Ländern.

## Wählerauftrag

Bei der PDS fällt die Kluft zwischen der extrem schmalen Gruppe von demokratischen Vorzeigepolitikern und der breiten Masse der stalinistischen Altkader besonders auf. Es gibt deshalb durchaus auch politische Gründe, die PDS, diese Partei der mehrheitlich uneinsichtigen Rentner plus Gysi, dort, wo der Wählerauftrag dies rechtfertigt, an der Macht zu beteiligen. Dies gilt insbesondere für Berlin. Diese bankrotte Stadt kann nur dann saniert werden, wenn die neue Regierung in der Bevölkerung unpopuläre Maßnahmen durchsetzt. Warum sollte die PDS mit dieser Aufgabe nicht betraut werden? Viele ihrer Mitglieder sind doch für den Zustand der Straßen, Häuser, für das Fehlen der modernen Arbeitsplätze und für die demokratischen Defizite der ostdeutschen Gesellschaft verantwortlich. Mal sehen, wie die PDS an ihren Ideen des „demokratischen Sozialismus“ festhalten wird, wenn sich ihre Vertreter in der Regierung den real existierenden Spielregeln des Marktes fügen müssen. Sollte die PDS an dieser Herausforderung zerfallen oder zugrunde gehen, wäre es kein Verlust. Sollte sie sich aber bewähren und ihre Hausaufgaben besser machen als die CDU und die SPD, dann: Hut ab! Sie würde dann einen Teil der Schäden wieder gutgemacht haben, die ihre Vorgängerin zu verantworten hat.

Doch das grundsätzliche Argument, auf das Moralisieren im Zusammenhang mit der Senatsbildung in Berlin zu verzichten, ist wichtiger. Seit Jahren belegen Umfragen, daß die Mehrheit der Ostdeutschen mit dem politischen System der Bundesrepublik unzufrieden ist. Das bedeutet, daß die Demokratie und der Föderalismus in Ostdeutschland immer noch schwach verwurzelt sind. Dieser gefährliche Zustand geht nicht zuletzt darauf zurück, daß die politische Isolierung einer legalen politischen Gruppierung, die in den Regionen, in denen sie aktiv ist, zuweilen die meisten Wählerstimmen sammelt, in einem demokratischen Staat ein Unding ist.

Der Autor lehrt Politikwissenschaft an der Europa-Universität (Viadrina) in Frankfurt an der Oder.